

Archiviert: Mittwoch, 24. Januar 2024 13:35:07

Von [REDACTED]

An: [REDACTED]

Cc: [REDACTED]

Betreff: WG: 240105 WG: EILT SEHR ***WG: WG: Ressortabstimmung: Beitrag BMAS "Arbeitsmarkt" für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024; Frist 2. Januar 2024, 11 Uhr

Wichtigkeit: Normal

Vertraulichkeit: None

Sehr geehrte [REDACTED]

~

Ihre Anfrage beantworte ich wie folgt:

~

- Die Leistungsgewährung an Kinder in Bedarfsgemeinschaften ist von dem Regelungsvorschlag nicht berührt. Nur der Regelbedarf des Elternteils, das sich weigert, ein Jobangebot anzunehmen, kann in voller Höhe entfallen. Die Leistungen der übrigen Familienmitglieder, Mehrbedarfe sowie die Kosten der Unterkunft sind von einer Minderung jedoch nicht betroffen
- Die betroffene Person ist vor dem Wegfall der Leistungen anzuhören. Soweit sich im Rahmen der Anhörung herausstellt, dass der Wegfall der Leistungen zu einer außergewöhnlichen Härte führt, dürfen die Leistungen nicht mehr gemindert werden. Eine außergewöhnliche Härte liegt besonders dann vor, wenn eine Minderung in der Gesamtbetrachtung untragbar erscheint. Insbesondere ist hierbei die Schwere der Belastung für die betroffenen Personen zu berücksichtigen. In die Prüfung der außergewöhnlichen Härte ist nicht nur die von Leistungsentzug unmittelbar betroffene Person, sondern jedes Mitglied der Bedarfsgemeinschaft -und damit insbesondere auch die Kinder- einzubeziehen.
- Unbenommen dessen ist das Existenzminimum des Kindes über dessen Regelbedarf abgedeckt und ein wegfallender Regelbedarf des zu sanktionierenden Elternteils braucht somit nicht ersetzt oder ausgeglichen werden.

~

Ich weise im Übrigen darauf hin, dass das gerade auf Ebene ChefBK noch verhandelt wird.

~

Beste Grüße

~

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

~

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

~

Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten sind in der [Datenschutzerklärung](#) des BMAS zu finden. Sollte ein Abruf der Datenschutzerklärung nicht möglich sein, kann diese auch in Textform übermittelt werden.

~

~

~

~

[REDACTED] Ursprüngliche Nachricht- [REDACTED]

Von: [REDACTED]

Gesendet: Freitag, 5. Januar 2024 15:35

An: [REDACTED]

Betreff: WG: EILT SEHR ***WG: WG: Ressortabstimmung: Beitrag BMAS "Arbeitsmarkt" für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024; Frist 2. Januar 2024, 11 Uhr

Priorität: Hoch

~

~

~

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: [REDACTED]

Gesendet: Freitag, 5. Januar 2024 15:31

An: [REDACTED]

Cc:

Betreff: WG: EILT SEHR ***WG: WG: Ressortabstimmung: Beitrag BMAS "Arbeitsmarkt" für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024; Frist 2. Januar 2024, 11 Uhr

Priorität: Hoch

~

Liebe

wir hatten am Dienstag zu den Regelungsentwürfen im SGB II zu den Totalverweigerern telefoniert. Anliegende Stellungnahme ging dann an aus dem KOordinierungsreferat.

Leider habe ich Sie eben telefonisch nicht erreichen können. Daher per E-Mail meine Nachfrage, wie das Existenzminimum des Kindes sichergestellt werden soll, wenn faktisch die Familie aufgrund der Kürzungen weniger Geld zur Verfügung hat. Das Anliegen ist meiner Hausleitung sehr wichtig. Daher bitte ich um schnellstmögliche Rückmeldung.

Außerdem möchte ich Sie noch fragen, inwieweit geklärt ist, dass die Regelungen tatsächlich im HH-Finanzierungsgesetz aufgenommen werden. Oder ist auch denkbar, dass davon abgesehen wird?

Besten Dank und viele Grüße

~

g

~

~

~

~

~

~

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: [REDACTED]

Gesendet: Freitag, 5. Januar 2024 13:35

An: [REDACTED]

Cc: [REDACTED]
[REDACTED]

Betreff: WG: EILT SEHR ***WG: WG: Ressortabstimmung: Beitrag BMAS "Arbeitsmarkt" für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024; Frist 2. Januar 2024, 11 Uhr

Priorität: Hoch

~

Liebe [REDACTED]

könnten Sie mir kurz den aktuellen Stand zum Verfahren nennen? Soll heute noch die Ressortabstimmung eingeleitet werden? Sind Ihre Regelungsentwürfe weiterhin Teil des Gesetzentwurfs?

Könnten Sie mir bitte auch auf meine Frage zur Sicherung des Existenzminimums von Kindern antworten (s. u.)?.

Ich bitte um eine Rückmeldung bis heute 16 Uhr.

Besten Dank und viele Grüße

[REDACTED]

~

[REDACTED] Ursprüngliche Nachricht- [REDACTED]

Von: Referat 212

Gesendet: Mittwoch, 3. Januar 2024 11:32

An: [REDACTED]

Cc: [REDACTED]
[REDACTED]

< [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Betreff: WG: EILT SEHR ***WG: WG: Ressortabstimmung: Beitrag BMAS "Arbeitsmarkt" für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024; Frist 2. Januar 2024, 11 Uhr

Priorität: Hoch

~
Sehr geehrte [REDACTED]

~
vielen Dank für die Übersendung Ihres Regelungsentwurfs zum Bereich Arbeitsmarkt im Rahmen des Entwurfs eines zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024, der u. a. in Ihrer Federführung liegende Regelungen zum Leistungsentzug bei nachhaltiger Arbeitsverweigerung beinhaltet.

~
Bitte erläutern Sie, ob und auf welche Weise sichergestellt ist, dass in Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Falle eines Leistungsentzugs bei den Eltern das Existenzminimums des Kindes gesichert ist und die Kinderregelsätze nicht zur Deckung des elterlichen Bedarfs herangezogen werden.

~
Vor dem Hintergrund des parlamentarischen Verfahrens zur Einführung eines Gesetzes zur Kindergrundsicherung, in dem ebenfalls über Sanktionen für u25jährige Leistungsberechtigte diskutiert wird, die nicht an Aktivierungsmaßnahmen mitwirken, bitte ich darum, dass gleichzeitig mit Beschlussfassung zum Leistungsentzug im Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024 gemeinsam klarstellend festgestellt wird, dass es keine fachliche Notwendigkeit gibt, die von Ihnen entworfenen Neuregelungen zum Leistungsentzug bei nachhaltiger Arbeitsverweigerung auf das Bundeskindergrundsicherungsgesetz zu übertragen. Um dem Regelungsbedarf Rechnung zu tragen, wäre denkbar, dass junge Menschen über 15 Jahren, die ohne Ausbildung, Schulausbildung oder Studienplatz sind und nicht an Aktivierungsmaßnahmen mitwirken, ihren Anspruch auf den Kinderzusatzbetrag verlieren und ins SGB II wechseln. Dort können dann die vorgesehenen Leistungsminderungen angewandt werden.

~
Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

~
~
Von: [REDACTED]
[REDACTED]

~

Gesendet: Donnerstag, 28. Dezember 2023 10:21

~

An:

[Redacted content]

~

Cc:

[Redacted content]

~

Betreff: Ressortabstimmung: Beitrag BMAS "Arbeitsmarkt" für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024; Frist 2. Januar 2024, 11 Uhr

~

Priorität: Hoch

~

~

~

~

----- Sicherheitshinweis -----

~

~

Die nachfolgende E-Mail wurde außerhalb des BMWK erstellt. Links und Anhänge können ein erhebliches Risiko darstellen!

~

Wenn Sie gebeten werden, auf einer verlinkten Webseite Daten einzugeben, könnte es sich hierbei um einen Phishing-Versuch handeln.

~

Verhalten Sie sich bitte besonders vorsichtig! Weitere Informationen finden Sie im weNet.

~

~

----- Ende Sicherheitshinweis -----

~

~

~

~

~

~

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

~

~

~

~

das BMF hat das BMAS gebeten, Regelungsbeiträge für ein Zweites HaushaltsfinanzierungsG 2024 zu übersenden, die mit den betroffenen Ressorts abgestimmt sind. Für den Bereich „Arbeitsmarkt“ übersende ich beigefügten Entwurf mit der Bitte um Stellungnahme bis zum 2. Januar 2024, 11 Uhr an mich sowie das Referatspostfach Ila1@bmas.bund.de <<mailto:Ila1@bmas.bund.de>> . Sollte mir bis zum Ablauf der angegebenen Frist keine Stellungnahme vorliegen, gehe ich von

Ihrer Zustimmung aus (Verschweigensfrist).

~

~

~

~

Der Entwurf enthält Regelungen zu den folgenden Bereichen:

~

~

~

~

1. Leistungsentzug bei nachhaltiger Arbeitsverweigerung

~

~

Aus den Jobcentern gibt es Praxisberichte, dass einige wenige Beziehende von Bürgergeld zumutbare Arbeitsaufnahmen beharrlich verweigern und somit bewusst ihre Hilfebedürftigkeit aufrechterhalten beziehungsweise nicht vermindern. Der soziale Rechtsstaat ist darauf angewiesen, dass Mittel der Allgemeinheit, die zur Hilfe für deren bedürftige Mitglieder bestimmt sind, nur in Fällen in Anspruch genommen werden, in denen wirkliche Bedürftigkeit vorliegt. Über die mit dem Bürgergeld-Gesetz zum 1. Januar 2023 in Kraft getretene Neuregelung hinaus hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG 1 BvL 7/16, Randziffer 209) auch einen vollständigen Wegfall der Leistungen in bestimmten Fallkonstellationen als möglich erachtet. Diese Möglichkeit wird nunmehr gesetzlich ausgestaltet.

~

~

~

~

2. Abschaffung des Bürgergeldbonus

~

~

Der Bürgergeldbonus, der mit dem Bürgergeld-Gesetz eingeführt wurde, wird abgeschafft. Der Kerngedanke des Bürgergeld-Gesetzes, durch Weiterbildung mehr dauerhafte Arbeitsmarktintegrationen zu erreichen, bleibt unverändert erhalten. Die finanziellen Anreize Weiterbildungsgeld und Weiterbildungsprämie werden weiterhin an Teilnehmende berufsabschlussbezogener Weiterbildungen gezahlt.

~

~

~

~

3. Teilweise Erstattung der Finanzierungsbeteiligung durch die BA

~

~

Zum teilweisen Ausgleich der Finanzierungsbeteiligung des Bundes in den Jahren 2020 und 2021 leistet die BA zum Ende der Jahre 2024 und 2025 jeweils Zahlungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro und zum Ende der Jahre 2026 und 2027 jeweils Zahlungen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro an den Bund. Die Aufteilung der Zahlungsverpflichtungen auf vier Jahre ist erforderlich, um der BA in jedem dieser Jahre einen positiven Finanzierungssaldo zu ermöglichen.

~

~

~

~

4. Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung: Ergänzung der Verordnungsermächtigung

~

~

Zudem werden die Voraussetzungen ergänzt, unter denen die Bundesregierung durch Rechtsverordnung bestimmen kann, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zeitweise nach einem niedrigeren Beitragssatz erhoben werden. Eine Absenkung durch die Bundesregierung ist danach nur zulässig, wenn die BA eine Rücklage in Höhe von 0,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gebildet hat. Dies erhöht die Rechtssicherheit für die BA und die Beitragszahlenden.

~

~

~

~

Das Bundesministerium der Justiz bitte ich um Prüfung in rechtssystematischer und rechtsförmlicher Hinsicht (Rechtsprüfung) im Sinne des § 46 Absatz 1 GGO.

~

~

~

~

Den Redaktionsstab Rechtssprache bitte ich, den Entwurf auf seine sprachliche Richtig keit und Vollständigkeit zu prüfen.

~

~

~

~

Die Ergebnisse der Vorprüfung zum Digitalcheck sind beigefügt.

~

~

~

~

Freundliche Grüße,

~

~

~

~

Im Auftrag

~

~

[Redacted signature]

~

~

[Redacted line]

[Redacted line]

[Redacted line]

[Redacted line]

<<https://www.bmas.de/DE/Infos/Datenschutz/datenschutz.html#cmpscreen>>\~ des BMAS zu finden. Sollte ein Abruf der Datenschutzerklärung nicht möglich sein, kann diese auch in Textform übermittelt werden.

~

~

~

~

~

~

~